

Rote Spritze

Information des Branchenaktives Gesundheitswesen der DKP
6|2017

Nur 7 Stellen mehr pro Krankenhaus? Die „Entlastungs“-Mogelpackung des Herrn Gröhe

In Wahlkampf-Zeiten verspricht die Regierung schon mal was - auch wenn's bei genauem Hinsehen nur leeres Geblubber ist. Herrn Gröhes versprochene Verbesserungen brächten, wenn's hoch käme, durchschnittlich 7 Pflegestellen mehr pro Krankenhaus und auch das nur mit Fragezeichen.

„Ziel ist die Beibehaltung der bisher geförderten Stellenzahlen.“ – Das ist der letzte Satz der Schlussfolgerungen des Herrn Gröhe aus den Beratungen der ExpertInnenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ vom 7.3.2017.

KEINE STELLE MEHR ALSO!

Die Feststellung von Personaluntergrenzen wird der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und den Krankenkassenverbänden aufgetragen, die mit Sicherheit kein Interesse an höheren Personalkosten haben.

Dabei soll es nicht um Personalbemessung überhaupt gehen, (das hatten wir ja schon mit der Pflegepersonalregelung – und die ist wieder abgeschafft worden, weil angeblich zu teuer), sondern nur um die „pflegesensitiven Bereiche“.

*Häää?? Tolle Wortschöpfung:
– Pflegepersonal nur für
pflegesensitive Bereiche???
– Piloten nur für flugsensitive
Flugzeuge???*

Was also?

DKG-Hauptgeschäftsführer Baum jammert: „... das kann es nicht geben: Personalvorgaben, die die Häuser zu beachten haben auf der einen und DRG-Kalkulations- und Preisbildungsrestriktionen, die die tatsächlichen Personalkosten nicht gesichert decken, auf der anderen Seite. Erst unterfinanzieren und dann mit Sollvorgaben intervenieren. Das kann nicht der richtige Weg sein.“ (Das Krankenhaus, 2/2017)

Recht hat er, aber seine Schlussfolgerungen sind sowas von daneben! Statt die Abschaffung der DRGs zu verlangen mit Rückkehr zum Selbstkostendeckungsprinzip, fordert Herr Baum „Richtwerte mit Flexibilitätskorridoren für unterschiedliche medizinische Konzepte und unvermeidbare Personalschwankungen“.

Dann kann man's gleich ganz lassen.

„Sowieso könnten z.Z. 6000 bis 10000 Stellen nicht besetzt werden, weil sie der Arbeitsmarkt nicht hergibt“??

Ja verflixt, dann müssen eben die Arbeitsbedingungen endlich besser werden, z.B. durch: deutlich höhere Vergütung, Anerkennung der Pausen im Schichtdienst als Arbeitszeit (wie im restlichen öffentlichen Dienst), verlässliche und regelmäßige Arbeitszeiten, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich... (weiter auf Seite 2)



Infostand des Bündnisses zur Unterstützung der ver.di-Tariffbewegung Entlastung / DGB-Kundgebung am 1.Mai.



Ver.di-Mitglieder und UnterstützerInnen der Tarifrunde Entlastung bei der 1.Mai-Demo in Stuttgart

Dazu müssen in erster Linie mehr Stellen geschaffen werden – mindestens 70000 mehr und nicht nur 14000 ...

Im Klinikum Stuttgart werden mehr als 300 zusätzliche Pflegestellen benötigt, nicht, wie Herr Gröhe offensichtlich meint, nur 7.

Dazu ist eine gesetzliche Personalbemessung nötig und die Abschaffung der DRGs (Fallpauschalen) ...

850 Mio. Euro verspricht Herr Gröhe für die Pflege – z.B. durch **Umbenennung des Versorgungszuschlags in Pflegezuschlag**, 330 Mio. davon aus dem Pflegestellenförderprogramm, das bereits seit dem 1.1.2017 wirksam ist.

Bleiben im Schnitt ca. 7 Stellen pro Krankenhaus, wenn das Haus überhaupt in der Lage ist, einen 10%igen Eigenanteil zu tragen.

Wo die herkommen sollen, bleibt im Dunkeln; Krankenhäusern, die jetzt schon in den roten Zah-

len stecken und deswegen am Personal sparen, wird nicht geholfen, sie werden durch Entzug weiterer Finanzmittel bestraft.

- ▶ 32 Mrd. Euro Steuerrückzahlung für die Atomkonzerne
- ▶ Über 30 Mrd. Euro haben Banken für spekulative Cum/Ex Geschäfte kassiert
- ▶ 75 Mrd. Euro für die Bundeswehr zur Optimierung des Tötens

Das sind 137 Mrd. Euro Verschwendung von sauer erarbeiteten Steuergeldern.

Aber für die Kranken und Schwachen in unserem Land heißt es: Mir gebbet nix.

Das hat System! Das System heißt staatsmonopolistischer Kapitalismus. Damit muss Schluss gemacht werden.

- ▶ Banken und Energiekonzerne gehören enteignet wegen Schädigung des Gemeinwohls (Art. 14 Grundgesetz).
- ▶ Die Bundeswehr gehört abgeschafft wegen Beteiligung an Angriffskriegen (Art. 26 Grundgesetz).
- ▶ Stattdessen müssen Bildung und Gesundheitswesen staatliche Kernaufgaben sein.

DER LUKRATIVE PATIENT ZUERST?! ...

Allein 300 Pflegekräfte fehlen im Klinikum Stuttgart. Um die Patientenversorgung trotzdem in der erforderlichen Qualität aufrecht erhalten zu können, ist es leider manchmal nötig, Patienten nicht aufzunehmen und die Klinik wegen nicht belegbarer Betten (z.B. von der Notaufnahme) abzumelden.

Patienten, bei denen man das verantworten kann, werden dann zu anderen Ärzten oder Krankenhäusern in der Stadt weitervermittelt.

Stimmt das, was der „Roten Spritze“ über das millionenteure Wirtschaftlichkeitsgutachten von Ernst & Young zu Ohren gekommen ist?

Wollen die Wirtschaftsprüfer nach ihrer Begutachtung des Klinikums wirklich vorschlagen, dass trotz weiterer Personaleinsparungen die Patientenzahl im KH bis 2025 um 19% gesteigert werden soll?

Und empfehlen sie deshalb tatsächlich zum Problem Bettenkapazität die Reduktion der Abmeldungen und den Ausbau elektiver Aufnahmen bei Priorisierung am besten nach erwartetem Deckungsbeitrag...?

Das wäre nichts anderes als Patientenselektion nach Profitprinzip!

Soll in Zukunft also in jedem Untersuchungszimmer der Ambulanzen eine Preisliste bzw. DRG-Er lösliste hängen, damit der ärztliche Dienst oder gar die Triagschwester die Fälle, die nix bringen, gleich weiterschicken und die einträglichen Patienten dabehalten kann!???

Wollen die Gutachter wirklich

- ▶ Einsparungen von Pflegestellen im Nachtdienst und auf Intensivstationen?
- ▶ Personalabbau in Patiententransport und Labor durch Privatisierungen?
- ▶ Aderlass im Reinigungsdienst von ca. 20 Stellen?

Eine Ohrfeige für die Beschäftigten des Klinikums!

Empfehlen sie tatsächlich den Gemeinderäten, über eine Änderung der Rechtsform des Klinikums nachzudenken, weil durch die finanzielle Rückendeckung und die satzungsmäßig gewährleistete Alimentierung des Gesellschafters die Motivation für Effizienz, Flexibilität und Eigenverantwortung im Handeln der Kliniken keine essentiell ausgeprägte sei?

Soll das heißen, im Klinikum traben alle noch immer zu langsam und ohne Sinn und Verstand?

Eine Ohrfeige für alle, die im Klinikum für die Patienten tagtäglich alles aus sich herausholen, um eine gute Versorgung zu realisieren....

Gutachten von Wirtschaftsprüfern sind meistens gefährlich, weil sie von den Unternehmern bereitwillig aufgegriffen werden.

Es soll sogar schon vorgekommen sein, dass Unternehmer dem Berater Empfehlungen nahegelegt haben, um eine Legitimation für Maßnahmen zu bekommen, die sie selbst vorhaben.

Die Gutachten der Wirtschaftsprüfer sollten den Beschäftigten bekannt gemacht werden.

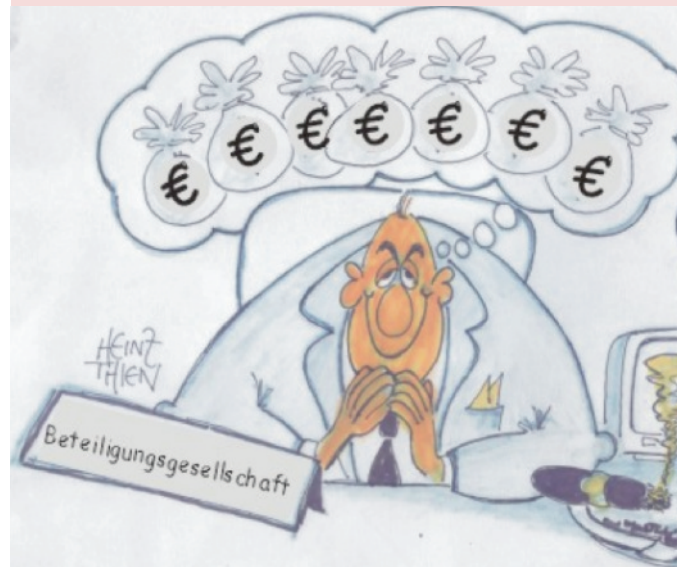
Kein Problem für den, der nichts zu verheimlichen hat, sollte man meinen!

Bürgermeister Föll hat längst die Pläne für eine Umwandlung des Klinikums in eine Kommunalanstalt in der Schublade, aber noch ist nichts im Gemeinderat beschlossen – noch ist es Zeit sich zu wehren, für alle, die städtische Beschäftigte bleiben und die demokratische Kontrolle über das Klinikum aufrecht erhalten wollen.

Kam endlich eine Zeit,

wo alles was die Menschen bisher als unveräußerlich betrachtet hatten, Gegenstand des Austausches, des Schachers, veräußert wurde. Es ist dies die Zeit, wo selbst Dinge, bis dahin mitgeteilt wurden, aber nie ausgetauscht, gegeben aber nie verkauft, erworben, aber nie gekauft, Tugend, Liebe, Überzeugung, Wissen, Gewissen usw., wo mit einem Wort alles Sache des Handels wurde. Es ist dies die Zeit der allgemeinen Korruption, der universellen Käuflichkeit oder, um die ökonomische Ausdrucksweise zu gebrauchen, die Zeit, in der jeder Gegenstand, ob physisch oder moralisch, als Handelswert auf den Markt gebracht wird. (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S.69)

... und diese Zeit ist heute ...



Die Schuldenbremse hätte von mir stammen können ... von der Kommunalanstalt zur Beteiligungsgesellschaft – tolle Idee! Wird ja nicht drauf angerechnet ...

Und dann: Egal ob Land, Wasser, Krankenhäuser oder Autobahnen – ich kaufe Euch alles ab, liebe Volksvertreter, ich nehm' Euch die Arbeit ab, der Bevölkerung die Gebühren zu erhöhen und einzutreiben, wenn ich damit machen darf, was ich will.

Das müsst Ihr mir nur alles in der Verfassung verankern ... aber eins muss klar sein: Ich bin kein Sozialamt!

Klinikum Stuttgart - enteignet der Stadtrat die Stadt?

Die KAdÖR-Bombe tickt - **Widerstand jetzt!** (So lange es nicht zu spät ist.)

Der Name ist Etikettenschwindel. „Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts“ (KAdÖR), das suggeriert, es bliebe alles in kommunaler Hand, eigentlich ändere sich nur der Name und wie schon Shakespeare sagt „Namen sind Schall und Rauch“.

Ist aber nicht so! Die Stadt Stuttgart wäre nicht mehr Arbeitgeber. Der Stadtrat würde sich seiner Kontrollpflicht entledigen.

Ein nichtöffentlich tagender Verwaltungsrat könnte ohne Stadtratsbeschluss Privatisierungsentscheidungen treffen, wie es die beiden neuen Geschäftsführer (die Herren Hewe und Steffen) bei der Charité in Berlin, mit insgesamt 11 Ausgründungen schon praktiziert haben.

Eine KAdÖR müsste von Gesetzes wegen ausdrücklich nach dem Handelsgesetzbuch arbeiten. Gesundheit würde noch mehr zur Ware, auf die nur noch Anspruch hat, wer sich's leisten kann.

Eine weitere Einspar-Orgie zu Lasten der Krankenhausbeschäftigten und der Patienten droht.

Eine weitere Einspar-Orgie zu Lasten der Krankenhausbeschäftigten und der Patienten droht.

„Mehr von uns ist besser für alle“ 47 718 Unterschriften unter den „Baden-Württembergischen Appell für mehr Krankenhauspersonal“ übergeben.

In kurzer Zeit haben ver.di und das Bündnis, das die Tarifbewegung für mehr Pflegepersonal unterstützt, in Baden-Württemberg 47718 Unterschriften unter den „Baden-Württembergischen Appell für mehr Krankenhauspersonal“ gesammelt.

Diese wurden nun am 20. Juni dem baden-württembergischen Sozialminister Lucha als Reisegepäck für sein Treffen mit den anderen Gesundheitsministern in Bremen übergeben. Nach einer Kundgebung vor dem KH bewegte sich ein kleiner Demonstrationszug zum Ministerium.

Dort wurde symbolisch eine „Hilferuf-Klage-Mauer“ errichtet, auf der die Zahlen der fehlenden Stellen prangten.

Ein Betriebsrat des größten deutschen Daimler-Werkes überreichte über 2000 Unterschriften, die



die Belegschaft des Sindelfinger Werkes im Betrieb gesammelt hatten.

Die enorme Zustimmung der Bevölkerung, die die Unterschriften belegen, sowie die aktive Solidarität stärken die Position der Gewerkschaft. Aber Unterschriften allein werden nicht zu dem notwendigen Ziel führen.

Die Erfahrungen der Charité zeigen: Ohne Streik wird es nicht reichen.